

DA1 Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen

Antragsteller*in: Ali Saker (KV Münster)

Tagesordnungspunkt: 4. Dringlichkeitsanträge (wenn die KMV den TOP beschließt)

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Münster möge beschließen:

2 Der Kreisverband der GRÜNEN in Münster solidarisiert sich mit der Bundesarbeitsgemeinschaft
3 Migration & Flucht und teilt inhaltlich die Kritikpunkte an der derzeitigen Politik der
4 Bundesregierung:

5 Wir kritisieren die geplante Gesetzesänderung der Ampelregierung zur Begrenzung "irregulärer
6 Migration" in Deutschland scharf und lehnen nachdrücklich die historisch beispiellose
7 Verschärfung des geltenden Asylrechts in der EU ab, die derzeit unter dem Begriff GEAS auf
8 EU-Ebene diskutiert wird. Insbesondere die Einführung der sogenannten Krisenverordnung, die
9 es ermöglicht ein bereits restriktives Asylrecht noch weiter einzuschränken, halten wir für
10 falsch und mit den humanitären Werten unserer Partei für unvereinbar.

11 Wir bekräftigen unseren Positionierungsbeschluss vom 14.06.2023 "Für eine
12 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik" und erwarten von unseren
13 Politiker*innen auf Bundes- und Europaebene Engagement und Kampf für eine humane und
14 konstruktive Asyl- und Fluchtpolitik. Menschenrechte müssen immer der Maßstab von Politik in
15 Deutschland und der Europäischen Union sein.

16 Gleichzeitig müssen sich alle GRÜNEN dafür einsetzen, dass wir zu einer faktenbasierten,
17 nicht-populistischen, sach-orientierten Debatte über Flucht und Asyl zurückfinden, in der
18 Probleme benannt werden können ohne Ängste zu schüren und ohne dass dabei generelle
19 gesellschaftliche Probleme Geflüchteten angelastet werden.

20 Die Inhaftierung von Asylsuchenden ohne Straftat für 28 Tage oder sogar während laufender
21 Asylverfahren ist absolut inhuman, vollkommen inakzeptabel und verstößt gegen die
22 Grundrechte der Geflüchteten.

23 Anstatt Ressourcen in hochkomplexe, langwierige und (für Asylsuchende und für Beamt*innen)
24 psychisch belastende Abschiebeprozesse zu investieren, sollten die Ressourcen in die
25 bestmögliche Integration von Asylsuchenden, auch in den Arbeitsmarkt, fließen.

26 Wir betrachten es als historischen Fehler, einer so drastischen Verschärfung des Asylrechts
27 zuzustimmen, die Gewalt gegen Schutzsuchende an den Außengrenzen legitimiert. Die GEAS-
28 Reform wird die Kommunen nicht entlasten und weder kurz- noch mittelfristig zu einer
29 Verbesserung der angespannten Lage in den Kommunen führen. Bei der Forderung der Kommunen
30 nach besserer Unterstützung bei der Integration Asylsuchender auf die GEAS-Reform zu
31 verweisen, ist also reine Augenwischerei. Weder der Asylkompromiss von 1992 noch die
32 bestehende Gewalt an den Außengrenzen haben Menschen davon abgehalten, vor Krieg und Gewalt
33 zu fliehen. Dies wurde wissenschaftlich wiederholt nachgewiesen. Wer also wirklich etwas im
34 Bereich Migrationspolitik erreichen will, muss die Kommunen auch finanziell unterstützen und
35 gleichzeitig einen Austausch auf Augenhöhe mit den demokratischen Stakeholder in den
36 Herkunftsländern suchen, um Menschen Perspektiven vor Ort zu eröffnen. Wenn Menschen Gründe
37 sehen, ihre Herkunftsländer zu verlassen, werden sie sich auch weiterhin auf den Weg in die
38 EU machen. Eine brutale Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen wird an dieser Tatsache
39 nichts ändern, sondern nur die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf Menschenrechte weiter
40 schwächen.

- 41 Wir bleiben deshalb unseren humanitären Grundsätzen treu und werden nicht von ihnen
42 abweichen.
- 43 Münster ist und bleibt weltoffen und ein "sicherer Hafen". Kein Mensch ist illegal!
- 44 Der Beschluss geht zur Kenntnisnahme an den Bundesvorstand von B'90 / Die Grünen sowie die
45 Fraktionen in Bundestag und Europaparlament
- 46 Antragsteller*innen: Anne Kathrin Herbermann, Ali Saker, Simon Haack, Svenja Bloom

Unterstützer*innen

Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Simon Haack (KV Münster); Svenja Bloom (KV Münster)